

## Luftfahrt Moderne Jets fliegen sauberer

Obwohl der Luftverkehr bei den Passagierfliegern weltweit um 4,7 Prozent zugelegt hat, ist der Kohlendioxidausstoß nur um drei Prozent angewachsen. Das geht aus den jährlichen Berechnungen der Klimaschutzorganisation Atmosfair hervor. Gründe seien der Einsatz modernerer Jets und eine bessere Auslastung. Die Möglichkeiten, ihre Flotte weiter zu verbessern, werde aber für viele Fluggesellschaften immer geringer, fürchtet Atmosfair-Geschäftsführer Dietrich Brockhagen. „Viel effizientere Linienmaschinen als der Airbus 380 oder die Boeing 787 werden in absehbarer Zeit nicht gebaut“, sagt er. Im Atmosfair-Ranking schnitt die deutsche Fluggesellschaft TUIfly mit Platz 2 von 125 bewerteten Unternehmen hinter der tunesischen Tunisair Express besonders gut ab. Es folgen Air Berlin (17) und Condor (22). Ihre Effizienz verbessern konnte im vergangenen Jahr auch die Lufthansa, vor allem weil die Flotte modernisiert wurde. Im Vergleich zur Konkurrenz verlor die Gesellschaft allerdings im Klimaranking leicht an Boden und landete auf Platz 72. mif

## Energie Riskanter Ausstieg

Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung in der ostdeutschen Lausitz birgt für den schwedischen Energiekonzern Vattenfall finanzielle Risiken. Ende Oktober hatte das Unternehmen erklärt, Verkaufsoptionen für die Tagebaue und Kraftwerke im Osten der Bundesländer Brandenburg und Sachsen prüfen zu wollen. Den Wert der Kraftwerke, darunter Boxberg und Jämschwalde, sowie der Abbaurechte beziffert der Konzern intern auf mehr als drei Milliarden Euro. Doch Insider bezweifeln, ob sich beim Verkauf



Marode Rheinbrücke der A1 bei Leverkusen

## Haushalt Investieren oder Steuern senken?

CSU-Chef Horst Seehofer hält trotz des angekündigten Investitionsprogramms an seiner Forderung nach Steuersenkungen im Jahr 2017 fest. Damit droht ein Konflikt mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). „Mir geht es um das Signal, dass die Politik es auch einmal fertigbringt, nicht immer nur in die eigene Kasse zu wirtschaften“, sagt Seehofer. Die Einnahmeausfälle, die dem Staat durch die Beseitigung der kalten Progression jährlich entstehen, hält der CSU-Chef für überschaubar. „Bei einer geringen Inflationsrate wie zurzeit sind dies nicht mal zwei Milliarden Euro für Bund, Länder und Gemeinden.“ Seehofer will einen entsprechenden Beschluss auf dem CSU-Parteitag Mitte Dezember erreichen. Dies hat er Regierungschefin Angela Merkel (CDU) bei einem Treffen der Unionsspitze am vorvergangenen Sonntag im Kanzleramt mitgeteilt. Finanzminister Schäuble ist derzeit kein Anhänger von Steuersenkungen, Merkel zeigte sich bei der Besprechung, an der auch Fraktionschef Volker Kauder und CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt teilnahmen, skeptisch. Unterstützung

erhält Seehofer vom Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, Carsten Linnemann. „Wichtig ist, dass der Staat nicht nur zusätzlich investiert, sondern wir jetzt auch endgültig die kalte Progression abschaffen. Beides nutzt der Wirtschaft. Die Mittel dafür sind da“, so der CDU-Mann. Schäuble will die Spielräume in seinem Haushalt dagegen lieber für ein auf drei Jahre verteiltes Investitionsprogramm von zehn Milliarden Euro nutzen. Das Geld dafür bekommt er zusammen, weil die Steuerschätzung vergangene Woche weniger schlecht ausfiel als zunächst befürchtet. Seine Beamten hatten in ihren Etatplanungen für den Fall geringerer Zuwächse bei den Steuern Vorsorge getroffen. Diese Risikopuffer können sie nun auflösen, um damit teilweise die Investitionen zu finanzieren. Weil sich Schäuble weiterhin billig Geld leihen kann, spart er zudem bei den Zinsausgaben. Beides zusammen eröffnet ihm die Möglichkeit, von 2016 bis 2018 jedes Jahr rund 3,5 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen zur Verfügung zu stellen. Sie sollen vor allem in die Verkehrsinfrastruktur fließen. phw, pm, rei



Braunkohlekraftwerk  
Boxberg

auch nur annähernd eine solche Summe realisieren ließe. Politiker in Dresden und Potsdam verweisen auf die rechtliche Verpflichtung zur Renaturierung der ausgekohlten Tagebaue sowie Pensionslasten für die 8000 Mitarbeiter, die ein Käufer wohl übernehmen müsste. „Der Kaufpreis dürfte sich womöglich nicht weit über der Schenkungsgrenze bewegen“, sagt ein hochrangiger SPD-Politi-

ker. Bisher hat nur das tschechische Energieunternehmen EPH offen Interesse bekundet, die Braunkohlesparte von Vattenfall zu übernehmen. Bereits 2009 gehörte EPH zu einem tschechischen Konsortium, das die Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft (Mibrag) von US-amerikanischen Stromkonzernen erwarb. Der Kaufpreis betrug weniger als eine halbe Milliarde Euro. was

FOTOS: OLIVER BERG / DPA (O.); SEAN GALLUP / GETTY IMAGES (U.)